Südafrika und die Schweiz

Autor(en): **Madörin, Mascha**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik**

Band (Jahr): **7 (1987)**

Heft 13

PDF erstellt am: **27.04.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-651828

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Mascha Madörin

Südafrika und die Schweiz

Zur Geschichte einer intimen Allianz*

Die südafrikanische Widerstandsbewegung fordert seit Beginn der sechziger Jahre von uns als wichtigste Solidaritätsarbeit, dass wir uns gegen die enge Zusammenarbeit der westlichen Industrieländer mit dem Apartheidregime zur Wehr setzen. Welche Rolle spielt die Schweiz für Südafrika, was soll daran geändert werden und wie? — aus dieser speziellen Optik habe ich schweizerische Realitäten kennen gelernt. Die Schlussfolgerungen, die ich daraus gezogen habe, seien pointiert vorweggenommen:

1. Die Schweiz hat eine spezielle Rolle bei der internationalen Unterstützung des Apartheidregimes inne. Sie kann diese nur wahrnehmen, weil sie erstens im Schatten der internationalen Öffentlichkeit steht; und weil zweitens die Schweizer Grossbanken und Konzerne in der Schweiz auf eine gutgläubige oder von Ohnmachtsgefühlen geplagte, brave Öffentlichkeit zählen können. Beides hat ihnen bis vor kurzem erlaubt, sich fast beliebig zum Apartheidregime zu verhalten.
2. Die Rolle, die die Schweiz gegenüber Südafrika gespielt hat — und immer noch spielt — ist nicht nur mit Wirtschaftsinteressen, z.B. mit dem Goldhandel erklärbar. Es geht um mehr: um Identifikation mit einer Apartheid-Weltsicht (Apartheid heisst genau übersetzt "Getrenntheit"), um ein Verhältnis Privilegierter zum „Rest der Welt", um Antikommunismus, Fremdenangst, Kontrollwahn...
3. Die bisherige Arbeit der Südafrikasolidaritätsbewegung ist geprägt durch Kritik der Misstände in und der wirtschaftlichen Beziehungen der Schweiz zu Südafrika. Jene hat sich, meiner Meinung nach, weder genügend mit der besonderen Rolle der Schweiz gegenüber Südafrika noch mit der ideologischen und emotionalen Identifikation führender schweizerischer Wirtschaftsvertreter, Politiker und auch breiter Teile der Bevölkerung mit der Situation der Weissen Südafrikas befasst.

Südafrikas Politik der "Totalen Strategie"

Südafrika ist stark ausländsabhängig. War es seit der Kolonialisierung schon immer. Bis in die 50er Jahre war Südafrika ein klassisches Kolonialland mit Exporten von Rohstoffen und Importen von Gütern aus der Verarbeitungsindustrie. Die Schwarzen dienten vorwiegend als Billigstarbeitskräfte in der Exportproduktion (vorwiegend Bergbau) und auf den Plantagen der weissen Farmer. Sie mussten sich ihr Überleben in den traditionellen bäuerlichen Wirtschaften organisieren, konnten das aber immer weniger, weil ihnen zunehmend Boden weggenommen wurde. Mit der Machtübernahme der National Party nach dem 2. Weltkrieg, die sich ideologisch sehr stark an den euro-

päischen Faschismus anlehnte, wurde eine eigentliche Politik der weiss-nationalen Akkumulation und Modernisierung betrieben. Die Politik der National Party war die Antwort der Weissen auf die Dekolonisierungsbewegung der Völker in Afrika und kann nur in diesem Zusammenhang verstanden werden. Wesentlich für die folgenden Überlegungen ist die Phase der "Totalen Strategie", die zu Beginn der 70er Jahre formuliert und seit 1974 (Putsch in Portugal), systematisch realisiert wurde. Diese Phase fällt mit dem zunehmenden Engagement der Schweizer Wirtschaft, insbesondere der Schweizer Grossbanken, gegenüber Südafrika zusammen.

Seit Beginn der 70er Jahre war klar, dass der cordon-sanitaire der kolonisierten Nachbarländer (Moçambique, Angola, Namibia und Zimbabwe), der den Apartheidstaat in den Plänen der weissen Nationalisten Südafrikas vor den Selbstbestimmungsansprüchen der afrikanischen Völker schützen sollte, nicht mehr aufrechtzuerhalten war. Es musste eine neue Strategie formuliert werden: Die "Totale Strategie". Es handelt sich dabei um nichts anderes als um einen militärischen, ökonomischen, innen- und aussenpolitischen Plan zur Verteidigung des Apartheidsystems. Ökonomisches Ziel der Totalen Strategie war die Sicherung relativer Autonomie in strategischen Bereichen: Dazu gehörte der Aufbau einer modernen Verarbeitungsindustrie, der Bau eines neuen Hafens und verbindender Eisenbahnlinien zum Bergbauzentrum im Gebiet Johannesburg-Pretoria, dessen Rohstoffexporte seit 1900 wesentlich über den Hafen Maputo (seit 1975 VR Moçambique) liefen, eine forcierte Energiepolitik, um die Abhängigkeit Südafrikas von embargo-bedrohten Erdölimporten (OPEC-Länder mit kolonialistenfeindlichen Ländern wie Nigeria, Venezuela und Algerien) und vom Elektrizitätsimport aus Moçambique (Cahora Bassa) zu vermindern. Und last but not least gehörte dazu auch eine moderne Rüstungsindustrie (Atomwaffen eingeschlossen) zur Absicherung der militärischen Hegemonie im Südlichen Afrika. Einiges war schon früher geplant, ab Mitte der 70er Jahre wurde die Realisierung jedoch dringlich.

Der Apartheidstaat hat mit Zielstrebigkeit diese Projekte mit einem Rieseninvestitionsprogramm zu realisieren versucht. Er brauchte dazu ausländische Finanzen, Direktinvestitionen, technisches Know-How, Zugang zu einer spezialisierten und nicht einfach verfügbaren Rüstungs- und Atomtechnologie. Das ökonomische Projekt hat neben anderen Faktoren zur derzeitigen Wirtschaftskrise und Aussenverschuldung geführt.

Zur Aussenpolitik der Totalen Strategie gehörte für Südafrika, dass es den Ruch eines weissrassistischen Regimes abbauen und eine minimale internationale Salonfähigkeit erhalten oder wenn möglich ausbauen wollte. Bestandteil der Totalen Strategie war daher die Propagierung einer Reformpolitik. Sie bestand im wesentlichen darin, alle Schwarzen (über 75% der Bevölkerung) sukzessive zu Ausländern zu machen und ihnen die bereits zugewiesen schrebergartenähnlichen und ohnehin schon zu dicht besiedelten Reservate (die sog. "Homelands", ca. 13% der südafrikanischen Bodenfläche mit der schlechtesten Bodenqualität) als nationale Gebiete zur Verfügung zu stellen. Damit sollte den wachsenden Selbstbestimmungsbestrebungen der Schwarzen formell Genüge getan und die weissrassistischen Peinlichkeiten, die voll-

ständige politische Rechtlosikgkeit und wirtschaftliche Diskriminierung der Schwarzen, ins Ausland verlegt werden. Ein zweiter Punkt des sogenannten „Reformprogrammes" bildete die Modernisierung der schwarzen Townships. Mit dem zunehmenden Bedarf an qualifizierten Arbeitskräften, der nicht mehr mit der Einwanderung von Weissen abgedeckt werden konnte, sollten, um den Arbeitsmarkt zu flexibilisieren, die rigiden Mobilitätskontrollen für privilegierte Schwarze abgebaut, den Bedürfnissen einer neuen schwarzen Mittelschicht und qualifizierten Arbeiterschaft minimal entgegengekommen werden. Dieser Teil des Planes wurde wesentlich für die Propaganda im Ausland gebraucht, davon realisiert wurde sehr wenig. Hingegen wurden die Zwangsumsiedlungungen von Hunderttausenden (3-4 Millionen Menschen in 30 Jahren) zügig vorangetrieben.

Dieses "Reformprogramm" wurde von schweizerischen Wirtschaftskreisen in den 70er und anfangs der 80er Jahre als Zukunftsperspektive akzeptiert und in der Schweiz propagiert. Ab und zu wurde die unflexible Politik gegenüber schwarzen qualifizierten Arbeitern und die als ungenügend erachteten Zugeständnisse an eine schwarze Mittelklasse kritisiert, nicht aber das der Totalen Strategie zugrundeliegende Prinzip der weissen Vorherrschaft und Hegemonie im Südlichen Afrika.

Von Angehörigen der südafrikanischen Botschaft in der Schweiz und von schweizerischen Südafrikafreunden wurde jeweils auf Parallelen in der Schweiz hingewiesen: auf die Ausländerregelungen (Saisonierstatut, verschiedene Aufenthaltsbewilligungen) und auf das föderalistische Prinzip (Vergleich zwischen den kulturell unterschiedlichen Kantonen und der Aufteilung in Homelands, Townships und weisse Zonen). In Solidaritätsveranstaltungen musste ich immer wieder überrascht feststellen, wie oft diese beiden Vergleiche mit der Schweiz als Rechtfertigung für die Verhältnisse in Südafrika herhalten mussten.

Seit 1985 ist klar, dass die Totale Strategie gescheitert ist. Die Schwarzen Südafrikas, vor allem die Jugend in den Townships, haben sich unprogrammgemäss immer mehr zur Wehr gesetzt. Die Anti-Apartheidbewegungen in den USA, in Holland und in den angelsächsischen und skandinavischen Ländern haben erreicht, dass heute das Apartheid-Regime isolierter ist als je zuvor. Die Schweiz ist heute das einzige Land mit wesentlichen Wirtschaftsbeziehungen zu Südafrika, das keinerlei Sanktionsmassnahmen beschlossen hat.

Der Propaganda-Plan der südafrikanischen Regierung ist damit gescheitert, auch für die Schweizer Wirtschaft. In den letzten zwei Jahren hat diese ihre Argumentation modifizieren müssen: Die gutmeinende (welcher weisse Patriarch meint es nicht gut mit der Menschheit?) reformwillige Regierung kann leider ihre Absichten nicht durchsetzen, weil sie von rückständigen, radikalen Rassisten in den eigenen Reihen behindert und leider durch unvernünftige Sanktionen, Sanktionsdrohungen und -forderungen und durch die Radikalität der Schwarzen in die Defensive und konservative „Laager"mentalität getrieben wird. Die Gefahr liegt im rechten und linken Radikalismus, dem gegenüber die mässige Haltung eines Botha nur mit Autorität durchge-

setzt werden kann.

Durch die verschärften Notstandsmassnahmen, durch ausgeweitete Pressezensur und zunehmende Polizei-und Militärwillkür wurde auch diese Argumentation in letzter Zeit nochmals modifiziert: Es wurde auf die wachsende Reformbereitschaft Liberaler Wirtschafts- und anderer aufgeschlossener Kreise innerhalb der weissen Gemeinschaft Südafrikas hingewiesen, deren Durchsetzung Zeit brauche. Die Wahlresultate vom 6. Mai haben dieses Argument zunichte gemacht. Welches die neuen Propagandatrends sein werden, ist noch nicht auszumachen(1); sie dürften auch davon abhängen, inwieweit es uns gelingt, die schweizerische Wirtschaft unter Druck zu setzen.

„Rest of Europa": Die Bedeutung des schweizerischen Kapitals für Südafrika

Rund drei Viertel der Aussenwirtschaftsbeziehungen Südafrikas laufen über Europa, ungefähr die Hälfte über die drei Länder Grossbritannien, die BRD und die Schweiz. Die Schweiz ist wichtig für Kredite und Anleihen an den Regierungs- und Bankensektor (mit einem Anteil von 20-25%), für die Kommerzialisierung von Gold, Diamanten und andern südafrikanischen Produkten (25-30% der südafrikanischen Exporte). Was den Export schweizerischer Produkte nach Südafrika anbelangt, so fallen sie im Vergleich zu den USA, der BRD, GB, Japan und Frankreich weniger ins Gewicht. Ebenso verhält es sich mit den Direktinvestitionen, die in der Grössenordungen Frankreichs etwas über 5% der ausländischen Direktinvestitionen liegen. Bei näherem Hinsehen weisen obige Zahlen zwei Eigenheiten auf:

1. Die Rolle der Schweizer Banken gegenüber dem Staats- und Bankensektor und
2. die Vermarktung der südafrikanischen Exporte über die Schweiz. Beides hängt mit dem Finanzplatz Schweiz zusammen: Südafrikas Exporteinnahmen stammen fast zu 50% aus Gold und zu weiteren 10% aus Diamanten. Die Schweiz hat einen kleinen Binnenmarkt und könnte die südafrikanischen Exporte nicht bis zu einem Drittel konsumieren. Sie dient für Südafrika als Handelsumschlagplatz. Zürich ist ein wichtiger Goldhandelsplatz, gilt zudem als einer der sichersten Flughäfen und ist deshalb beliebt für Transporte von Gold, Edelsteinen und ähnlichen wertvollen Gütern.

In den 70er Jahren haben die Schweizer Grossbanken bis zu 80% des südafrikanischen Goldes vermarktet, heute laufen etwa 60% über den Zürcher Goldpool. Dies ist meiner Meinung nach ein wesentlicher Punkt, der zu erklären vermag, wieso die Schweizer Grossbanken eine auffallend apartheidsstaatstreue Politik gemacht und auch nach aussen vertreten haben: Goldhandel ist eine parastaatliche Angelegenheit. Die Schweizer Grossbanken pfleg-(t)en gute Beziehungen zum Apartheidstaat: sei es durch Überbrückungskredite in kritischen Situationen, sei es durch das Management internationaler Anleihen für die umstrittene Apartheidregierung und für parastaatliche Insti-

tutionen wie die ESCOM (die staatliche Elektrizitätskommission, die u.a. auch das Nuklearprogramm mitfinanziert). Die Schweizer Banken haben eine wesentliche Rolle zur Aufrechterhaltung der Salonfähigkeit des südafrikanischen Regimes auf den internationalen Finanzmärkten gespielt.

Heute versucht Südafrika, die Auswirkungen der Sanktionen durch Umgehungsgeschäfte zu kompensieren (vgl. den Artikel v. G. Trepp in diesem Heft). Entscheidend dürfte dabei der Goldhandel und der Goldpreis sein. Nach Berechnungen südafrikanischer Ökonomen genügt eine Goldpreissteigerung von 80$ pro Unze um die Einbussen an sanktionsbedingten Exporten wettzumachen. Die Tendenz des Goldpreises ist seit einem Jahr steigend. Zufall? Und welche Rolle spielen die Schweizer Banken dabei?

Schwerwiegend für den südafrikanischen Widerstand war, dass Fritz Leutwiler, Ex-Präsident der Schweizer Nationalbank, den Vorsitz für die erste Umschuldungsrunde nach dem Kreditstop der US-Banken im August 1985 übernommen hatte. Leutwiler war ein erklärter Gegner der politischen Forderungen, die die US-Banken unter Druck der Anti-Apartheid-Bewegung gegenüber dem Apartheidregime stellten. Nach Ansicht wichtiger Vertreter der Anti-Apartheid-Bewegung Südafrikas hat die Umschuldungsverhandlung dem südafrikanischen Regime zu einer Verschnaufpause verholfen zu einer Zeit, in der es sehr stark unter Druck geraten ist(2). Dem südafrikanischen Widerstand nahestehende SchweizerInnen waren auf darauffolgenden Besuchen in Südafrika das erste Mal damit konfrontiert, erklären zu müssen, warum die Schweiz so eng mit dem südafrikanischen Regime zusammenarbeite und warum Leutwiler ohne schweizerische Opposition eine solche Vermittlerrolle hatte übernehmen können.

Ich habe mir diese Frage ebenfalls gestellt und bin überzeugt, dass kein Mann aus einem anderen Land mit einem derart internationalen Prestige dieses Kollaborateuren-Amt übernommen hätte. Weshalb?

Erstmals hellhörig geworden in diesem Zusammenhang bin ich im Herbst 1981: Südafrika kündigte damals triumphierend an, es hätte das angereicherte Uranium für sein erstes Kernkraftwerk (Koeberg) auf dem internationalen Markt regulär gekauft. Südafrika brauchte nach Expertenberichten das KKW weniger als Energiequelle den als Zugang zu atomarer Grosstechnologie. International entstand ein Rätselraten, wer das Uran an Südafrika verkauft haben könnte. Die VR China und Spanien wurden verdächtigt, zeitweise die USA. In der US-Zeitschrift "Nucleonic Weeks" wurde dann ein Teil der Geschichte bekannt: es war die Kaiseraugst AG(3). Verschwiegen wurde jedoch, dass es sich dabei um eine abgekartete Sache zwischen der US-Regierung, Frankreich (Mitterand), Südafrika und den entsprechenden involvierten schweizerischen Kreisen handelte. Vorausgegangen war ein langes Tauziehen um die Lieferung des Urans, das Südafrika dringend brauchte. Südafrika koppelte die Lieferung des Urans an die Bereitschaft, die abgeblockten Namibiaverhandlungen weiterzuführen (die kurz darauf tatsächlich wieder aufgenommen wurden, ohne dass aber in der Folge irgendein substantieller Erfolg erzielt worden wäre. Dafür ist in der Zwischenzeit das KKW Koeberg in Betrieb genommen worden). Die USA konnten das Uran aus gesetzlichen

und innenpolitischen Gründen nicht liefern, die übrigen in Frage kommenden Länder (Grossbrittannien, Frankreich, BRD) waren in der damaligen Namibia-Kontaktgruppen und konnten das Uranium dem in Namibia-Fragen sich völkerrechtswidrig verhaltenden Südafrika ebenfalls nicht liefern.

Ich will nicht alle Details dieses cleveren Deals ausbreiten. Entscheidend ist, dass die Schweiz das Uranium verkauft hat und dass das in den USA bekannt wurde. Um den Fall wurde es kurz nach Bekanntwerden des Lieferanten überraschend still. Inzwischen ist mir aufgefallen, dass die Schweiz in den internationalen Resolutionen zu den Kollaborateuren des Apartheidsystems kaum genannt wird. Auch in der internationalen Anti-Apartheid-Bewegung fällt das Thema "Schweiz" ausser Traktanden. Die Schweiz steht im Schatten der internationalen Öffentlichkeit. In den südafrikanischen Statistiken über Verschuldung nach aussen erscheint die Schweiz übrigens unter dem bezeichnenden Aggregat "Rest of Europe".

Die Schweiz "verschwindet" nicht nur aus der Realitätssicht der Ausländer, sondern auch in den eigenen Statistiken: Das, was laut südafrikanischer Statistik in die Schweiz exportiert wird, ist ungefähr das *Zehnfache* von dem, was laut schweizerischen Statistiken aus Südafrika importiert wird. Wenn frau den Handel mit Goldbarren, der auch in der statistischen Realität Südafrikas nicht vorkommt, miteinbezieht, kommen etwa 98% dessen, was an südafrikanischen Exporten über die Schweiz vermarktet wird, in der offiziellen Statistik der Schweiz *nicht* vor(4).

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass schweizerische Wirtschaftskreise und ihre Vertreter in politisch sehr heiklen Situationen Südafrikas zugunsten des Apartheidregimes eingegriffen haben. In beiden Fällen (es sind die massivsten, die mir bekannt sind), hat der Bundesrat seine Nichtzuständigkeit erklärt. Bei einigen Fällen, so auch beim Kaiseraugst-uran (und z.B. bei den Ölumgehungsgeschäften von Marc Rich) durfte damit gerechnet werden, dass nichts an die Öffentlichkeit dringen würde. Der Bundesrat wurde vermutlich ebenfalls nnicht über diese Umgehungsgeschäfte informiert. Im Falle von Leutwiler deklarierte der Bundesrat seine Nichtzuständigkeit *Zum vornherein*, wohl wissend, dass Leutwiler ohne den Segen des Bundesrates den Verhandlungsjob zuerst nicht übernehmen wollte. Er tat dies dann aber doch und zog sich danach mit widersprüchlichen Begründungen zurück. Die neuen Umschuldungsverhandlungen im Februar 1987 wurden im altbekannten Schema internationaler Anonymität abgewickelt: in einer Bankengruppe, in der die zwölf wichtigsten Gläubigerbanken sich trafen und der auch die drei Schweizer Grossbanken angehörten. Über den Inhalt der Verhandlungen wurde ausser dem Resultat nichts bekannt: eine für Südafrika günstige Regelung auf weitere drei Jahre(5).

Es ist offensichtlich, dass für Südafrikas Politik ein Land wie die Schweiz — das zur respektablen Familie der "wahren" Demokratien gehört, über ein solides und weitreichendes Bankensystem verfügt, Drehscheibe für internationale Kontakte ist, gleichzeitig aber nicht im Brennpunkt internationaler Öffentlichkeit steht — viele Vorteile besitzt. Es trifft sich gut: die diskrete Schweiz und Südafrika, das diskret seine Isoliertheit zu überwinden versucht.

Der hinter scheinbarer Bedeutungslosigkeit verschwindende Kleinstaat Schweiz ist aber nicht nur ein günstiger Ort für den Pariah Südafrika, sondern auch für diejenigen Wirtschafts- und Regierungskreise westlicher Länder, die zunehmend unter den Druck der Anti-Apartheidbewegung und der internationalen Öffentlichkeit geraten sind. Die Schweiz kann das tun, was diese sich nicht leisten können, aber gerne tun würden.

Mir scheint, dass wir die Schweiz als eine notwendige widersprüchlichen Artikulation von anonymer multinationaler Weltmännigkeit der Konzerne und Grossbanken einerseits und einer sich diskret, dienstleistungsfreudig, solid, neutral und humanitär gebenden Nation der Gnomen andererseits, besser begreifen lernen sollten(6). Es geht darum nachzufragen, wie denn diese widersprüchliche Artikulation international und national produziert und aufrechterhalten wird.

Für eine Anti-Apartheidpolitik in der Schweiz scheint mir zentral, diese Artikulation aufzubrechen. Wie das zu erreichen ist, ist mir allerdings nicht so klar. Einen Ansatzpunkt sehe ich in den bereits laufenden Aktionen, die gegen die Schweizer Grossbanken direkt gerichtet sind (und hoffentlich auch andere Konzerne miteinbeziehen werden), einen zweiten in der Durchsetzung von Forderungen, die auf eine aktive Aussenpolitik der Schweiz zielen, sich also gegen das aussenpolitische Monopol der Schweizer Wirtschaft und die endlose Politik der Neutralität, der Diskretion und der Guten Dienste des Staates Schweiz wenden(7).

Weltbild aus dem goldenen Käfig

US-Grossbanken haben schon anfangs der achtziger Jahre Gespräche mit der Befreiungsbewegung ANC geführt. Kontakte zur UDF und zu SACC gehören heute weltweit zur internationalen Diplomatennormalität — allerdings nicht zur schweizerischen. Und Leutwilers politische Borniertheit ist kein Einzelfall(8).

Mir ist aufgefallen, dass bis vor kurzem die bürgerliche Presse, die öffentlichen Verlautbarungen der Banken, der Wirtschaft und auch eines Staatssekretärs Brunner von Sprachregelungen und Stellungnahmen geprägt waren, die frappante Ähnlichkeiten mit derjenigen des Apartheidregimes und den Veröffentlichungen der südafrikanischen Botschaft haben.

Ich hatte die Gelegenheit, Filme, die das schweizer Fernsehen zu Südafrika seit Beginn der siebziger Jahre gedreht hat, anzusehen. Zwei Aspekte sind mir dabei besonders aufgefallen: In zwei Filmen über Schweizer Industrielle in Südafrika — der eine 1973, der andere 1985 gedreht, letzterer zu einer Zeit, in der international ein Unternehmerkodex diskutiert wurde, der verlangt, dass die in Südafrika tätigen ausländischen Unternehmen gegen das Apartheid*system* Stellung beziehen sollen — waren die Aussagen der Schweizer Unternehmer unabhängig vom Jahr beliebig auswechelbar. Sie wiederholten stets dasselbe: man unterstütze die Förderung tüchtiger Schwarzer, es gebe unter ihnen sehr Fähige. Das ist der Grundtenor des ganzen Diskurses vom "kontrollierten Wandel"(NZZ). Man muss die Schwarzen so lange erziehen,

bis sie wie die Weissen sind, dann sind sie reif für die Demokratie. Früher unterschieden sich die Schweizer Industriellen noch vom Apartheidregime: sie hielten bereits damals Schwarze für umerziehbar und sprachen sich gegen eine rigide Rassentrennung aus. Heute entspricht das der modifizierten Positionen der südafrikanischen Regierung: sie verlangt noch etwa 100 Jahre Geduld, bis die Schwersterziehungsarbeit geleistet ist.

Ein zweiter, damit zusammenhängender Aspekt zeigt sich im Umgang der Fernsehleute mit Aufständen, Gewalttätigkeit und Chaos. Da wurden Filme (nicht alle) auch von gutmeinenden Journalisten entweder selber chaotisch oder dann kippten sie zeitweise ins Rassistische über: Wer Chaos und Gewalttätigkeit hervorruft sind die Schwarzen, man muss schon sehen, dass ... Verständnis brauchen die Weissen, die sich begreiflicherweise vor der Zukunft schrecklich ängstigen.

Mir scheint, dass die Konvergenz des südafrikanischen und schweizerischen herrschenden Diskurs eine des Weltbildes ist: dieses entsteht in einem goldenen Käfig; aus einer Mischung von paternalistischer und kulturimperialistischer Überheblichkeit, aus Angst und Abwehr vor dem chaotischen, gewalttätigen Aussen, vor dem man sich schützen muss.

Diese Angst vor dem Chaotischen, vor der Gewalt und Unordnung der unzivilisierten Schwarzen ist nach meiner Erfahrung in vielen Südafrika-Veranstaltungen dominant in der Argumentation der schlecht Informierten und der Freunde Südafrikas. Die Südafrikapropaganda appelliert in der Schweiz denn auch immer von neuem an diese Angst und an die Vernunft der Zivilisierten. Kurz: In der Südafrikapropaganda in der Schweiz wird an Vorurteilen schweizerischen Selbstverständnisses angeknüpft, deren Wirksamkeit unübersehbar ist.

Südafrika: Radikalste Version der Herrschaft des weissen Mannes

Ich erfahre Veranstaltungen zum Thema Südafrika meistens als sehr aggressiv, auch gegen mich als Frau gerichtet. Vielleicht hängt das damit zusammen, dass ich mich als Frau und gewöhnliche Bürgerin dieses Landes in Angelegenheit der Wirtschaft einmische und ihre Entscheidungskompetenz und -legimität hinterfrage und damit gesellschaftliche Tabus durchbreche.

Ich sehe aber noch einen anderen Zusammenhang. Afrika wurde von den Kolonialisten als weiblicher Kontinent behandelt. Den Schwarzen werden von ihnen ähnliche Eigenschaften zugeschrieben wie den Frauen. In Südafrika geht es um mehr als um Profite, es geht um das Gesellschaftsmodell des Weissen (herrschenden) Mannes: Südafrika ist für mich die radikalste Version eines instrumentellen Verhältnisses der Herrschenden zum Rest der Welt. Es ist die realisierte Phantasie der beliebigen Verfügbarkeit und Kontrolle über Menschen und der beliebigen Machbarkeit einer eigenen Unordnung: Millionen von Menschen wurden zwangsumgesiedelt, ganze Städte und Kulturzentren von Schwarzen niedergewalzt, um sterilen Villenquartieren der Weissen Platz zu machen; Gesetze und Vorschriften wurden erfunden um festzulegen, wo Schwarze wohnen, essen, arbeiten, Kinder haben und sich

aufhalten dürfen und was Schwarze und Weisse nicht zusammen tun dürfen. Es werden Millionen Rand in Stacheldraht investiert, um Bantustans und Townships einzuzäunen. Unerbittlich werden Menschen aus weissen Zonen in Gebiete umgesiedelt, in denen ihr langsames Verhungern vorprogrammiert ist. Mit Eifer und wissenschaftlicher Neugier wurde nach immer raffinierteren Kontrollmethoden gesucht. Ungeplant und in den Prognosen nicht vorgesehen waren und sind die Aufstände der Schwarzen.

Die Ungeheuerlichkeit des Apartheidprinzips, dessen, was auch die Schweizer Wirtschaftsvertreter letzten Endes in Südafrika verteidigen und unterstützen, ist in der Schweiz kaum zum Politikum geworden. Heute ist Südafrika ein Thema, weil der Schein der Rationalität abendländischer Zivilisation offensichtlicher, brutaler Militärherrschaft gewichen ist, was Solidaritätsarbeit einfacher macht als vorher. Aber Apartheid als Teil unserer eigenen Kultur ist nicht zu einem Thema der Anti-Apartheidbewegung geworden (mit Ausnahme einiger Ansätze innerhalb kirchlicher Diskussionen)(9).

Solidarisch nur mit Südafrika oder auch mit uns selbst?

Bisher hat die Südafrikasolidaritätsbewegung auf zwei Ebenen gearbeitet: einerseits hat sie versucht, einige Aspekte der südafrikanischen Realität (Zwangsumsiedlungen, Armut, Kindersterblichkeit, Diskriminierung und Rechtlosigkeit der Schwarzen) bewusst zu machen; andererseits hat sie die wirtschaftliche Bedeutung der Schweiz für Südafrika offengelegt und zu Boykotten der südafrikanischen Produkte und Schweizer Grossbanken aufgerufen.

Ich denke aber, dass eine Solidaritätspolitik, die nur die wirtschatlichen Zusammenhänge zwischen der Schweiz und Südafrika ins Blickfeld bekommt, und "nur" auf Unterstützungsaktionen für den schwarzen Widerstand zielt, zu kurz greift, welches sie zu wenig die *besonderen* innen- und aussenpolitischen Beziehungen der Schweiz zu Südafrika in die Diskussion miteinbezieht. Südafrika wird als ein Fall unter anderen betrachtet. Eine Diskussion, ob es denn Ansatzpunkte des Politikmachens gibt, das auch Analysen der Besonderheiten der Schweiz, ihrer besonderen Beziehungen zu besonderen Ländern zu besonderen Zeitpunkten beinhaltet, existiert kaum. Ebenso fehlen noch immer weitgehend Debatten und Analysen die über genannten Handlungsmöglichkeiten hinaus gehen(10).

Anmerkungen

* Während Recherchen seit längerem belegen, welches die ungefähren ökonomischen Grössenordnungen und Mechanismen der wirtschaftlichen Zusammenarbeit der Schweiz mit Südafrika sind (s. "Literaturhinweise") sind alle andern Aussagen Resultat meiner sechsjährigen Arbeit in der Südafrika-Boykott-Bewegung. Es handelt sich um gesammelte Eindrücke und Erfahrungen, deren Relevanz ich intuitiv vermute, die ich aber nicht systematisch untersucht habe und auch nicht genau formulieren kann. Sie stammen aus vielen Solidaritätsveranstaltungen in unterschiedlichen Millieus, regelmässiger Lektüre in- und ausländischer Zeitungen, Südafrikapropagan-

dablättern der Südafrikanischen Botschaft und ihr nahestehender schweizerischer Kreise, aus Kontakten mit Anti-Apartheid-Gruppen im Ausland und mit SüdafrikanerInnen. Die im Text verwendeten Beispiele waren Ansatzpunkte, weiter über das Verhältnis Schweiz-Südafrika nachzudenken.

Da über Südafrika und die Zusammenarbeit der Schweiz mit Südafrika schon viel geschrieben worden ist, möchte ich auf Aspekte eingehen, die in der öffentlichen Diskussion bisher kaum zur Debatte gestanden haben.

1) Die ersten Reaktionen Bothas geben immerhin die Grundrichtung an: „Sicherheit" vor "Reformen" (FAZ, 9.5.1987).
2) Anlässlich der Umschuldungsverhandlungen Leutwilers haben Desmond M. Tutu, damals Bischof von Johannesburg und Friedensnobelpreisträger von 1984, CF Beyers Naudé, damaliger Generalsekretär des Südafrikanischen Kirchenrates, und Allan A. Boesak, Präsident des Reformierten Weltbundes, ein Fernschreiben an Leutwiler und an die verhandelnden Banken verschickt. Sie kritisieren darin scharf Leutwilers Absicht, Umschuldungsregelungen ohne politische Bedingungen durchzusetzen, und sie fordern die Banken zur Einfrierung des Zahlungsverkehrs mit Südafrika auf. Der Brief wurde in der Schweiz erst Monate später bekannt und im Mosquito 8/86 veröffentlicht.
3) Die detaillierte Geschichte mit einer Chronologie der Zeitungsmeldungen befindet sich in der am Schluss des Artikels angeführten Broschüre "Gemeinsam gegen Atommultis".
4) Auf Grund der Jahresstatistik des Aussenhandels der Schweiz und der Aussenhandelsstatistik Südafrikas (Hrsg. Commissioner for Custom and Excise) habe ich folgende Berechnung für 1983 gemacht:
5) IBACSA (International Banking Campaign Against South Africa) Newsletter, No 3. London Spring 1987.
6) Erste Ansätze, diesen Zusammenhang zu analysieren, finden sich bei *Jean Ziegler*: Eine Schweiz. Über jeden Verdacht erhaben. Überarb. Neuaufl. Darmstadt/Neuenwied 1980 und *W. Schöni:* Der Schweizerische Kulturimperialismus und die UNESCO. In: Widerspruch 6/1983.
7) Mir fällt in der Diskussion innerhalb der Solidaritätsbewegung immer wieder auf, dass die Möglichkeiten der Einflussnahme auf die Schweizer Wirtschaft und die Schweizer Aussenpolitik als fast aussichtslos eingeschätzt werden. Aber warum gelingt es beispielsweise den Holländern, eine wirksame Shellkampagne aufzuziehen, und den US-Amerikanern, einer Reagan-Administration Sanktionsmassnahmen aufzuzwingen? Warum soll ähnliches nicht uns gelingen? Ich finde eine Debatte, über das was uns an vergleichbaren Aktionenen hindert und wie wir solche angehen könnten, sehr notwendig.
8) Im renommierten südafrikanischen Wirtschaftsmagazin Financial Mail wird Leutwiler von Bankiers folgendermassen charakterisiert: "Leutwiler ist sehr konservativ. Dinge, die ihm politisch akzeptabel erscheinen, könnten von den US-Banken nicht akzeptiert werden." "Leutwiler ist viel zu optimistisch (in bezug auf den Reformwillen der Botharegierung,.M.M.). Sein Verständnis des Problems und sein angeborener Konservatismus könnte ihn zu den Schlussfolgerungen führen, die anders sind als der Konsens." Im gleichen Artikel äussert Leutwiler selbst: "Ich bin kein politischer Kurier. Ausländische Banken werden nicht mit konkreten politischen Forderungen auftreten — dafür werde ich sorgen" (Financial Mail, 17.1.1986).
9) vgl. dazu CF Beyers Naudé, Al Imfeld: Widerstand in Südafrika. Apartheid, Kirchliche Opposition, Solidarität. Freiburg: Exodus 1986.
10) So entsteht in der Dritte-Welt-Bewegung eine Mischung von Reden über allgemeine Zusammenhänge und Mechanismen einerseits und einem freien Kleinmarkt von konkreten Aktionsangeboten andererseits. Und weil die Schweiz und die Misere draussen in der Welt gross ist, leiden alle an Überarbeitung und am Gefühl der Bedeutungslosigkeit dessen, was man tut. Und das lähmt.

Ich kann nicht behaupten, dass ich wüsste, wie es anders machen. Ich weiss, dass es für den südafrikanischen Widerstand eine Rolle spielt, was wir hier tun. Und ich den-

ke, der Fall Südafrika wirft Fragen auf, die in ihrer politischen und kulturellen Bedeutung weit über Südafrika hinaus relevant wären. Nämlich auch für uns.

Literaturhinweise

B. Klein, St. in der Mauer: Eine Untersuchung über das Engagement ausländischer Banken in Südafrika. Hrsg. v. Aktion Finanzplatz Schweiz-Dritte Welt. Zürich 1982. (Untersuchung zu den 70-er Jahren, mit einem Ausblick auf die 80-erJahre)

M. Madörin, L. Baysan-Fehlmann: Bankenbeziehungen Schweiz-Südafrika. Hrsg. v. Aktion Finanzplatz Schweiz-Dritte Welt. Bern 1983. (Untersuchung zu den 70-er Jahren, Darstellung der staatlichen Investitionsprojekte Südafrikas)

E. Militz: Bank Loans to South Africa. Mid 1982 to End 1984. World Council of Churches. Genf 1985. (Übersicht über öffentlich bekannte Anleihen an Südafrika, nach Länder und Banken geordnet)

B. Weyermann: Die Financiers der Weissen Herren. Hrsg. v. Aktion Finanzplatz Schweiz-Dritte Welt, Anti-Apartheid-Bewegung und Aktion Südafrika Boykott. Bern 1986. (Statistischer Follow-up der früheren Broschüre und Bankenpolitik gegenüber Südafrika 1980-84)

Gemeinsam gegen Atommultis. Dokumentation zur Lieferung angereicherten Urans der Kaiseraugst AG an Südafrika und zum illegalen Import von Namibia-Uran in die Schweiz: Zürich POCH 1983

M. Madörin, L. Vogel, M. Schmid: Materialien zur Zusammenarbeit der Schweizerischen TNCs mit Südafrika. Paper zum UN-Seminar über Transnationale Korporationen in Südafrika und Namibia. Oktober 1982.

M. Gujer: Südafrika — Paradies für Weisse? Schweizer Touristen berichten. Hrsg. v. Arbeitskreis Tourismus und Entwicklung. Basel 1987. (Enthält die Auswertung eines Fragebogens über die Südafrikaansicht von Schweizer Touristen)

In Vorbereitung: Dossier zur Politik desEidgenössischen Departement für Auswärtige Angelegenheiten.

Schweizerische Nationalkommission Justitia et Pax: Unsere Verantwortung für Südafrika. Eine Analyse der Situation in Südafrika, sowie sozialethische Überlegungen zu Wirtschaftsbeziehungen mit rassistischen Staaten am Beispiel Südafrikas. Freiburg 1986. (Enthält eine Übersicht über die Zusammenarbeit Schweiz-Südafrika)

R. Strehle, G. Trepp, B. Weyermann: Ganz oben — 125 Jahre Schweizerische Bankgesellschaft. Zürich: Limmat 1987. (Das Kapitel über Südafrika enthält Beispiele über die engen persönlichen Beziehungen von SBG-Vertretern mit dem südafrikanischen Regime

Die genannten Broschüren sind erhältlich bei: Aktion Südafrika Boykott, Pf 402, 4005 Basel; dort sind auch weitere kleinere Dokumentationen zu Aussenhandel, zu Marc Richs Ölumgehungsgeschäften und die vierteljährlich erscheinenden Boykottnachrichten erhältlich

Annortierte Südafrika-Bibliographie von Al-Imfeld und andere Broschüren und Informationen über Südafrika erhältlich bei: Anti-Apartheid-Bewegung, Pf 1022, 8036 Zürich